



**verband binationaler
familien und partnerschaften**

Zusammenfassung der Ergebnisse von der Befragung „Wahlprüfsteine 2013“ Schwerpunkt 8: Familie und Binationalität

Wir fragten die Parteien, welche Maßnahmen sie ergreifen würden, um diese Familien an der Schnittstelle Familien- und Migrationspolitik besser zu berücksichtigen und setzten die Frage nach, welche Kenntnisse über die Lebenssituation binationaler/bikultureller Paare und Familien bestehen und in welcher Form sie deren Belange in ihrer Politik berücksichtigen werden.

**Christlich-
Demokratische Union/
Christlich-Soziale Union
in Bayern**



CDU/CSU setzen sich für eine Integrationskultur ein, die auf dem Prinzip der Leistungsbereitschaft und einem klaren Bekenntnis zu Deutschland fußt. Die Rahmenbedingungen, die die Politik setzt, müssen von den Menschen mit Leben gefüllt werden. Daher sind die Strukturen und Prozesse der Ausländerbehörden noch stärker dahingehend zu gestalten, dass Menschen aus dem Ausland noch mehr ein Gefühl des Willkommenseins erlangen; Dienstleistungscharakter und die interkulturelle Kompetenz ist zu stärken.

**Freie Demokratische
Partei**




Ein Schwerpunkt liberaler Familienpolitik liegt auf der Stärkung frühkindlicher Bildung. Daher unterstützt die **FDP** das Programm des Bundesfamilienministeriums zu den 4000 Schwerpunkt-Kitas. Gemeinsam mit der CDU/CSU hat sie mit dem massiven Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf beigetragen. In der nächsten Legislaturperiode ginge es dann darum, den Ausbau fortzuführen und insbesondere die Qualität zu verbessern z.B. auch hinsichtlich der Mehrsprachigkeit.

Zu binationalen/bikulturellen Paaren und Familien lägen viele Zahlen und Fakten vor. In persönlichen Gesprächen mit diesen




**verband binationaler
familien und partnerschaften**

	<p>Familien konnte man sich einen Einblick in die jeweilige Lebenssituation verschaffen. Diese Kenntnisse könnten vertieft werden. Die FDP betont, dass es nicht die binationale/bikulturelle Familie gibt, sondern unterschiedliche Lebens- und Familienvorstellungen. Liberale Politik will diese nicht durch Gleichmacherei eibnen, sondern sieht Vielfalt als Chance. Die FDP spricht sich weiterhin dafür aus, Mehrsprachigkeit als Vorteil und Zielstellung herauszuarbeiten. Binationale/bikulturelle Familien bringen damit eine Kompetenz ein, die in einer modernen Gesellschaft wichtig ist. Dies solle in Kitas, Schulen, Hochschulen und in der beruflichen Bildung stärker betont werden.</p>
<p>Sozialdemokratische Partei Deutschlands</p> 	<p>Die SPD definiert Familie als einen Ort, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen. Ungleiche Ausgangsvoraussetzungen und Benachteiligungen aufgrund sozialer Herkunft sind abzubauen und Chancengleichheit herzustellen. Deshalb ist Bildung von Anfang an wichtig. Sie wird als der Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe gesehen. Die SPD hat sich im Rahmen des „Projekt Zukunft – Deutschland 2010“ mit den zentralen Herausforderungen und Chancen unserer pluralen Gesellschaft gewidmet und eine zukunftsweisende Integrationspolitik erörtert. Dies erfolgte im Dialog mit Bürger/innen, Zivilgesellschaft und Wissenschaft.</p> <p>Die SPD spricht sich für eine moderne Familienpolitik aus. Dazu gehöre es, Familien in der Verwirklichung ihrer unterschiedlichen Lebensentwürfe zu unterstützen. Sie sieht hierzu eine familienfreundliche Arbeitswelt als notwendig an, ebenso gute Ganztagsbildungs- und –betreuungsangebote sowie eine gute materielle Absicherung aller Kinder. Eine moderne Familienpolitik müsse sich am Dreiklang von Infrastruktur, Zeit und Geld orientieren. Die SPD will für mehr Gerechtigkeit und Zielgenauigkeit in der Familienförderung sorgen, z.B. durch ein sozial gestaffeltes Kindergeld, das einkommensabhängig gewährt wird und künftig Familien mit kleineren Einkommen besser als bisher fördert und Kinder aus einer verdeckten Armut</p>







**verband binationaler
familien und partnerschaften**

	<p>herausholt. Flankierend spricht sie sich für einen flächendeckenden Mindestlohn aus, um nicht in die Bedürftigkeit abzurutschen.</p>
<p>Bündnis 90/Die Grünen</p> 	<p>Bündnis 90/Die Grünen sieht die Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen binationaler Familien als eines ihrer gängigen Themen grüner Migrations- und Integrationspolitik an und verweisen auf ihre Eingaben und Stellungnahmen zur Visapolitik, zum Kinder- und Ehegattennachzug, zum Arbeitsmarktzugang und zum eigenständigen Aufenthaltsrecht. Ergänzend erwähnen sie ihre Kleine Anfrage zu dem Vorwurf missbräuchlicher Vaterschaftsanerkennungen.</p>
<p>Die Linke DIE LINKE.</p>	<p>Die Linke verweist auf ihre Vorschläge zu einer solidarischen und diskriminierungsfreien Familienpolitik. Über die besonderen Lebenslagen binationaler Familien sei wenig bekannt. Sie dürften vergleichbar sein mit Familien mit einheitlicher ausländischer Staatsangehörigkeit oder Herkunftsgeschichte: soziale Probleme, Schwierigkeiten beim Familiennachzug, Anerkennung ausländischer Qualifikationen, Aufenthaltssicherung und Einbürgerung, gesellschaftlicher Rassismus/Diskriminierung, Mehrsprachigkeit als besonderes Potential etc. Insofern wird auf die allgemeine Migrations- und Integrationspolitik der Linken verwiesen. Typische Problemlagen binationaler Paare und Familien können insbesondere im aufenthalts- oder privatrechtlichen Bereich liegen, etwa wenn unterschiedliches nationales Recht in Scheidungs-, Erbschafts- oder Kindesmitnahmefällen berücksichtigt werden müssen. Vorstellbar sind auch Konflikte, Missverständnisse aufgrund unterschiedlicher kultureller Prägung. Genannt wird auch die so genannte „Inländerdiskriminierung“, die biculturelle Paare mit deutscher Beteiligung schlechter stellt als Unionsbürgerinnen und Unionsbürger.</p>




**verband binationaler
familien und partnerschaften**

Wir fragten weiter, ob sie eine bundesweite professionelle Beratungsstruktur ähnlich der Beratungsnetzwerke auch im Bereich der Beratung für binationale Familien/Paare für sinnvoll und notwendig halten und ob sie die Möglichkeit einer Finanzierung über eine Regelförderung sehen.

<p>Christlich-Demokratische Union/ Christlich-Soziale Union in Bayern</p>  	<p>Die CDU/CSU verweisen auf die bestehende flächendeckende Finanzierung der Jugendmigrationsdienste und die Migrationsberatung für Erwachsene. Sie optimieren diese Strukturen und stärken das Konzept verbindlicher Integrationsvereinbarungen.</p>
<p>Freie Demokratische Partei</p> 	<p>Auch die FDP verweist auf die bestehenden Maßnahmen, die durch die Mitwirkung von Migrantenselbstorganisationen gestärkt werden sollen sowie durch die Finanzierung innovativer Modellprojekte. In den Ländern und Kommunen gibt es zudem eine Vielzahl von guten und wichtigen Projekten. Eine zusätzliche bundesweite neue Beratungsstruktur würde langfristig aufgebaute Kompetenzen eher gefährden.</p>
<p>Sozialdemokratische Partei Deutschlands</p> 	<p>Fachkundige Beratung für binationale Familien ist aus Sicht der SPD von Bedeutung. Sie verweist als Beleg dafür auf jahrzehntelange Arbeit unseres Verbandes. Zu einer bundeseinheitlichen Beratungsstruktur gibt es keine abschließende Beschlusslage. Die SPD sieht aufgrund der föderalen Struktur jedoch die Finanzierung als originäre Aufgabe der Länder an.</p>



**verband binationaler
familien und partnerschaften**

<p>Bündnis 90/Die Grünen</p> 	<p>Bündnis 90/Die Grünen hält aufgrund der rechtlichen Spezifika eine Beratungsstruktur für binationale Paare für sinnvoll, insbesondere wenn sie bundesweit angeboten werden kann. Dies betreffe zum einen den „Verband binationaler Familien und Partnerschaften“ aber auch spezifische Beratungsangebote z.B. für homosexuelle Paare vom Lesben- und Schwulenverband. Es wäre sinnvoll solche Angebote auf Dauer zu fördern.</p>
<p>Die Linke DIE LINKE.</p>	<p>Auch Die Linke stellt auf die rechtlichen Spezifika für binationale Paare/Familien ab, hebt die Bedeutung bewährter Fachberatungsstellen in diesem Kontext hervor und weist insbesondere auf die Arbeit des „Verbandes binationaler Familien und Partnerschaften“ hin. Die Linke befürwortet eine bundesweite durch Regelförderung abgesicherte Beratungsstruktur</p>